

Einigung von Israel und den USA!

In letzter Minute den Konsens gefunden: Israel sagt den USA die Unterstützung zur Frage der Todesstrafe zu. Beide Delegierte zeigten sich sichtlich erleichtert und präsentierten sich in gewohnter Einigkeit.



Demonstration der wiederhergestellten guten Beziehungen zwischen Israel und den USA (Anton Bob Kraus, USA (l.) und Jonas Gaertner, Israel)

China bereit zur Abrüstung

Im Sicherheitsrat wurde heute die Frage der Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen diskutiert. In einem Punkt waren sich alle Delegierten einig: Keine Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, deren Bauteile oder Technologien. Wer nun meint, auf dieser Basis könnte ein Konsens gefunden werden, der irrt. Denn in der allgemeinen Debatte standen sich zwei Meinungen unversöhnlich gegenüber: Die eine Fraktion bestand auf ihrem Recht, Atomwaffen zu besitzen und begründete dies mit der Angst vor Hilflosigkeit

bei Terroranschlägen. Die USA führten dieses Lager mit langen Reden an. Auf der anderen Seite hatten sich Länder wie Japan, Dänemark und Benin verbündet, um die vollkommene weltweite Abrüstung zu erreichen. Vor allem Japan verwies durch die Mahnung an Hiroshima auf die schlimmen Folgen eines nuklearen Einsatzes. Russland schloss sich den USA an und unterstützte den Besitz von derartigen Waffen für eventuelle Verteidigungsnotfälle. Allerdings betonte es auch, dass sich diese Waffen nur in verantwortungsvollen

Händen befinden dürfen. Auf Nachfrage erklärte sich China überraschenderweise bereit, bei einer weltweiten Entscheidung auf Verzicht auf Massenvernichtungswaffen mitzuziehen und die Atomwaffen im eigenen Land abzurüsten. Da in den vergangenen Jahren die Volksrepublik seine Verteidigungsausgaben kontinuierlich erhöht hatte, stellt dies eine bedeutende Wende in der politischen Einstellung Chinas zu diesem Thema dar. Bis zum Redaktionsschluss wurde am Samstag allerdings noch keine Resolution verabschiedet. (vl, vv)

Spielen wir Gott? Rasante Entwicklung in der Gentechnik

Seite 4

„Unsere Feinde dürfen nicht zuerst zuschlagen“

Steht der Welt der nächste Präventivschlag bevor?

Gestern wurde im Sicherheitsrat ausführlich und hitzig über die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen debattiert.

„Abrüsten durch Aufrüsten“ - das Motto der Vereinten Staaten wurde von vielen nicht akzeptiert und schon gar nicht befürwortet. Auf die Forderung des japanischen Diplomaten Thorben Korfhage nach globaler Abrüstung und einer sichereren Welt ohne atomare Waffen, reagierte der amerikanische Abgeordnete sehr bestimmt mit Ablehnung. Sein Land könne nicht auf Massenvernichtungswaffen verzichten, weil Terroristen bereit seien, alles aufs Spiel zu setzen um der amerikanischen Bevölkerung zu schaden. Es sei das vorrangige Ziel der amerikanischen Regierung, diese vor weiteren Attentaten zu schützen.

Daher seien auch präventive Maßnahmen seines Landes unerlässlich, da die Gefahr, die von den „Schurkenstaaten“ ausgeht stetig größer wird - „Wir werden zum Handeln gezwungen“ (sw)

Frauenrechte: Nicht mit dem Islam vereinbar?

Dass Norwegen die Menschenrechte sowie die Rolle der Frau sehr am Herz liegen, konnte man schon in Kommission II sehen, als über die Todesstrafe debattiert wurde. Ein ähnliches Bild zeigte sich gestern auch in der Kommission I. Unter der Leitung von Norwegen und Ruanda wurde ein Resolutionsentwurf erstellt, der fortschrittlich ist. Daher kam es zu einer heftigen Auseinandersetzung zwischen islamischen Staaten und den Befürwortern. Einen möglichen Grund dafür nannte Norwegen: „Die Rolle

der Frau ist (in islamischen Staaten) nicht vorgesehen.“ Beide Verfasserstaaten betonten auch, dass ihr Entwurf eine beachtliche Leistung darstelle, da ein Industrieland und ein Entwicklungsland einen gemeinsamen Konsens gefunden haben. Bemerkenswert ist dies unter dem Blickpunkt, dass sich in Ruanda ein komplett anderes Bild als in Norwegen zeigt. Ein großer Kritikpunkt seitens Saudi-Arabiens war häufig, dass rechtliche Aufklärung nicht mit dem Islam vereinbar sei. (mh)

Bildung global

Wie viel ist der UN die Chancengleichheit wert?

In einem ist sich die Kommission IV (K IV) der UN einig: Chancengleichheit soll in der Bildung zwischen allen Staaten herrschen. Wie aber kann dieses Ziel erreicht werden?

Indien, von 20 weiteren Staaten unterstützt, spricht sich in seinem Arbeitspapier dafür aus, einen Mindestsatz für die Investition in Bildung von 4% des Bruttoinlandsprodukt (BIP) für alle Staaten festzusetzen. Obwohl dieser relative Wert bereits nationale Disparitäten zulässt wie Schwedens Delegation betont und daher keine absolute Chancengleichheit gewährt,

ist der Irak gegen einen solchen Mindestsatz. „In Krisensituationen“, erklärt eine irakische Delegierte, „muss ein Land wie der Irak seine finanziellen Investitionen vor allem auf existenzielle Bedürfnisse wie Ernährung und Behausung konzentrieren.“ Herrsche im Irak keine solche Ausnahmesituation, investiere er auch mehr als 4% in die Bildung.

Am Ende der Sitzung ist ein Resolutionsentwurf verabschiedet, der die Staaten zumindest zur „deutlichen Anstrengung“ aufruft, die 4% des BIP aufzuwenden. (mh)

UN will Kindersoldaten helfen

Die UN-Generalversammlung hat am Samstag eine Resolution zur Verhinderung des Einsatzes von Kindersoldaten verabschiedet. Nachdem am Tag zuvor bereits ein Resolutionsentwurf Zyperns gescheitert war, konnte der

zweite, von Großbritannien eingereichte Entwurf nach mehreren Änderungsvorschlägen letztendlich eine zufriedene Mehrheit finden.

Zuvor hatte es eine kontroverse Diskussion über einige der Resolutionspunkte gege-

ben. Sollte man zum Beispiel eine bewaffnete Schutztruppe in Gebiete mit Kindersoldaten schicken? Oder die Soldaten lieber nur mit Gummigeschossen ausrüsten, wie der für viele abstrakt klingende Änderungsvorschlag aus der Delegation Koreas lautete?

Die endgültige Fassung sieht nun eine Demobilisierung der weltweiten Kindersoldaten vor. Mit Hilfe von Heimen, Werkstätten und Schulen soll den betroffenen Kindern eine „Rehabilitation und Reintegration in der Gesellschaft“ ermöglicht werden. Der Zugang zu Bildung wird als besonders wichtig betont, sei doch fehlende Bildung eine der Hauptursachen für das Schicksal von Kindersoldaten. Ebenso drängt die Resolution alle Staaten, „die UN-Kinderrechtskonvention ratifizieren und erfüllen“. Im Ernstfall sollen Blauhelme eingreifen dürfen. (hb)

Präemption legalisieren?

Präemption lässt sich als ausgedehnter Präventivschlag definieren und wird vor allem von den USA befürwortet. In der Generalversammlung wurde gestern heftig über die Aufnahme dieser Option in die UN-Charta debattiert. Die Diskussion war von Beginn an durch die jüngsten geschichtlichen Ereignisse geprägt. In einer engagierten Rede wies Sören Wulf, Delegierter Venezuelas, auf die Militärschläge Amerikas gegen Afghanistan und den Irak hin und drückte die Besorgnis seines Landes über diese von Amerika als Präventivschläge bezeichneten Operationen aus. Der amerikanische Delegierte Philipp Wortmann erwiderte, man müsse die Verstöße gegen die in der UN-Charta garantierten Menschenrechte beachten, die in diesen Staaten stattgefunden hätten. Insbesondere Länder der arabischen Liga kritisierten die Rolle der USA als „Weltpolizei“. (hb)



Klimaschutz um jeden Preis?

Uneinigkeit in den Vereinten Nationen: Nicht alle Mitglieder sind bereit, das Kyoto-Protokoll zu ratifizieren und damit die Auflagen zu erfüllen. Derweil fürchten besonders Umweltschützer, dass die Formulierung dieses Protokolls von den Verantwortlichen als Ausrede und Schutzschild benutzt werden könnte. Aktiver Klimaschutz also weiterhin nur eine freiwillige Verpflichtung?

Dass die Energieressourcen zur Neige gehen und wir uns nicht ewig auf das Erdöl oder Erdgas verlassen können, prophezeien Wissenschaftler schon seit geraumer Zeit. Die Welt befindet sich mitten im Prozess eines Klimawandels. Folgen sind die Abschmelzung der Polkappen, die unweigerlich ein Anstieg des Meeresspiegels folgt. Konsequenzen sind unter anderem Katastrophen im Ausmaß der Tsunami-Welle im Dezember letzten Jahres, die unzählige Opfer forderte. Und auch die Knappheit der Ressourcen wird uns gerade jetzt in Anbetracht der rasant verlaufenden Industrialisierung der großen Schwellenländer, wie China oder Indien deutlich, deren Markt noch nicht gesättigt ist. Zudem treibt ihr riesiges Energiebedürfnis die Umweltverschmutzung weiter voran.

Im Jahre 1997 formulierten die Vereinten Nationen im

japanischen Kyoto ein Protokoll, das die weltweite Reduktion der Emissionen vorsieht, um den Klimawandel zu unterbinden. Die USA, der größte Eminent, verweigerte die Ratifikation, doch die Zustimmung Russlands im Jahre 2004 machte die In-Kraft-Setzung möglich. So müssen die EU-Staaten laut der Vereinbarung bis zum Jahre 2012 die Reduktion der Treibhausgase um 8% gewährleisten, die USA um 7% und Japan um 6%. Um diese Reduktionsziele zu erreichen wurde auch die Möglichkeit eines Emissionshandels vorgesehen. Insbesondere Umweltschützern gehen die Reduktionsziele des Protokolls jedoch nicht weit genug, während Vertreter der Wirtschaft in der Regel zu hohe Kosten durch die Umsetzung des Protokolls befürchten. Außerdem ist zu bezweifeln, dass das Kyoto-Protokoll insgesamt positive

Wirkungen zeigen wird. Die meisten Staaten erhöhen ihre Ausstoßmengen weiterhin drastisch und Sanktionen für die Verstöße sind nur begrenzt vorhanden.

Besonders deutlich äußert sich die Kritik von Seiten Chinas, Australiens und der USA, die das Kyoto-Protokoll aufgrund des wirtschaftlichen Nachteilablehnen. Auch die Angst vor der Konkurrenz aus Fernost, die im Protokoll mehrheitlich nicht zur Verantwortung gezogen wird und dadurch einen wirtschaftlichen Vorteil hat, verschreckt die Amerikaner, die derzeit um ihre Vormachtstellung als weltweite Supermacht fürchten. Dennoch sind sich die USA nach Angaben von Präsident George W. Bush ihrer Verantwortung bewusst, jedoch setzten sie zur Lösung des Problems auf die Entwicklung neuer Technologien ohne der Wirtschaft einen

Schaden zuzufügen. Mit der Unterzeichnung des „Energy Policy Acts“ verdeutlicht Bush außerdem seine Absicht, auf heimische Energiequellen zu setzen und die Intensivierung der Verwendung von Wind- und Wasserkraftwerken, sowie die Förderung von Solaranlagen, Brennstoff- und Wasserstoffzellen gezielt durch Subventionen voranzutreiben.

Andere Länder, wie zum Beispiel Frankreich, Deutschland aber auch Russland, vertreten die Meinung, dass eine möglichst genaue und schnelle Umsetzung des Kyoto-Protokolls notwendig sei. Fragwürdig bleibt weiterhin, ob die Reduktionsziele in der Realität auch erreicht werden können oder nur statistisch herbeigerechnet wurden. (jab)

Todesstrafe: Israel und USA über Moral und uneingeschränkte Unterstützung

Die Debatte über Todesstrafe rief gestern in der Kommission II zunächst Spannungen zwischen Israel und Amerika hervor. Israel war nicht bereit, den Standpunkt der USA zu akzeptieren und eine generelle Legitimation der Todesstrafe zu unterstützen, sondern diese lediglich bei akuter Gefährdung der Demokratie einzusetzen. Der amerikanische Delegierte Anton Bob Kraus, der sich schwer enttäuscht von Israels Reaktion zeigte, erinnerte an die Unterstützung

beim Aufbau des israelischen Staates und fühlte sich „in dieser schweren Situation von Israel verlassen“. Trotz der Drohung einer Streichung der finanziellen Mittel beharrte Israel auf seinen Standpunkt: Moral und Ethik dürfen nicht verleugnet werden. In letzter Minute kam es dann doch noch zur Einigung: In Rückbesinnung auf die Vergangenheit und die vielen Gemeinsamkeiten akzeptierte Israel die amerikanische Position.

(jab)

Standpunkt: Demokratie ist die oberste Priorität

Mit tiefer Besorgnis über den vorangegangenen Artikel von dem ehrenwerten Delegierten Herrn Dreier, möchten die Delegierten Australiens, Südafrikas und Äthiopiens darauf hinweisen, dass demokratische Abstimmungen in der Generalversammlung immer noch vorherrschen und dass die Anzweiflung ein Ausdruck persönlicher Missbilligung von Seiten des Delegierten ist. Die Industrienationen bemühen sich, einen

sinnvollen Konsens zu finden. Dass das Mehrheitsprinzip zur Benachteiligung einzelner Länder führen kann, ist im Demokratiedanken verankert. Ein „Schandfleck“ ist die fehlende Kenntnis über politische Entscheidungsprozesse.

Julian Marwitz, Delegierter Australiens

Jennifer Nörenberg, Delegierte Äthiopiens

Björn F. Brandt, Delegierter Südafrikas

Gentechnik: Heute Pflanzen, übermorgen Menschen? Chancen und Unwägbarkeiten in der ethischen Diskussion

Am ersten Sitzungstag der Kommission IV gab es zum Thema Gentechnik bereits eine große Bandbreite von Pro- und Contrareden.

Für Schweden ist die Entwicklung der Gentechnik „nicht mehr aufzuhalten“ und daher sollte man sie, wenn ethisch vertretbar, „in ihren Vorteilen zu nutzen“. Costa Rica entgegnete, dass die gesundheitlichen Nachteile von gentechnisch veränderten Lebensmitteln nicht einzuschätzen seien.

Rumänien betonte, dass der Verbraucherschutz „höchste Priorität“ habe. Neben detaillierten Informationen für Verbraucher sei eine strikte Kontrolle unabdingbar. Wissenschaftliche Studien müssen

außerdem jedes gesundheitliche Risiko von vornherein ausschließen.

Die Ukraine hingegen plädierte für die Ausweitung von transgenen Pflanzen.

Belgien positionierte sich ähnlich wie Litauen: „Die weltweiten Hungersnöte dürfen nicht in erster Linie mit Gentechnik bekämpft werden!“ Vielmehr müsse erst die verschwenderische Lebensweise der Industriestaaten eingedämmt werden. Die belgische Delegation äusserte sich besorgt darüber, ob ein natürlicher Boden von einem benachbarten gentechnisch veränderten Feld unbeeinflusst bleiben könne. Daher sei auch die freie Wahl des Verbrauchers nicht garan-

tiert. „Uns ist klar, dass die Umschichtung von Lebensmitteln nicht in einzelnen Kilos möglich ist.“ Eine von Grund auf gerechtere Verteilung sei auch keine endgültige Lösung. „Wir wollen lediglich auf die Reihenfolge der Maßnahmen verweisen.“

Ferner wendete Polen gegen die belgische Meinung ein, dass bereits 99% der in einem Jahr in ihr Land importierten Lebensmittel in Kontrollen als gentechnisch manipuliert erfasst wurde. „Da sie ohnehin kaum noch kontrollierbar ist, muss Gentechnik unbedingt verboten werden! Folgen sind andernfalls nicht abschätzbar“, so ein belgischer Delegierte.

Zwischen dem Problem des

Hungers auf der Welt, den Möglichkeiten von bedeutenden Fortschritten in der Medizin und den ungewissen Auswirkungen der Gentechnik auf Gesundheit, Gesellschaft und alltägliches Leben befindet sich die unerlässliche Diskussion um die Gentechnik an einem bedeutungsvollen Wendepunkt: Lassen wir dem „unaufhaltsamen“ Fortschritt, der erfahrungsgemäß immer auch eine Schattenseite mit sich trägt, freien Lauf? Oder aber sind wir vorsichtig mit dem Eingriff in die Ursprünglichkeit und Einzigartigkeit von Erbmaterial?

Für Litauen stand die Antwort fest: „Jeder einzelne hat das Recht auf die Verweigerung von Gentechnik.“ (ir)

Umstrittene Erkenntnisse in der Gentechnik

Die neuesten Erkenntnisse in der Gentechnik ermöglichen den Wissenschaftlern, gezielt Änderungen am Erbgut von Lebewesen vorzunehmen. Gerade in der Nahrungsmittelindustrie, aber auch im Bereich des Gesundheitswesens sehen viele Forscher nun die Möglichkeit, dieses neue Wissen anzuwenden und damit die Welt zu revolutionieren. Doch für viele ist dies immer noch ein Tabu-Thema. Inwiefern dürfen wir Menschen Einfluss auf unsere Entwicklung nehmen und wo liegen die ethischen Grenzen?

Ein Bereich der Gentechnik betrifft die Agrarforschung in der Landwirtschaft. Eine Veränderung des Erbguts einer Pflanze sorgt beispielsweise dafür, dass diese gegen Schädlinge resistent ist. Folglich würde der Ertrag natürlich ansteigen, wodurch gerade in den ärmeren Ländern der Welt, in denen viele Menschen unterernährt sind, der Hungersnot entgegengewirkt werden könnte. Dieser hypothetischen Behauptung widersprechen allerdings mehrere Argumente: bis jetzt ist zum Beispiel völlig ungeklärt, wel-

che Folgen eine Veränderung des Erbguts mit sich bringt, und ob spätere Folgen für die Menschen nach dem Verzehr eines solchen Lebensmittels auftreten können. Außerdem sind die Pflanzen wahrscheinlich nur für kurze Zeit gegen die Schädlinge resistent, weil die Schädlinge meist nur eine Generation überleben und sie sich im Laufe der Evolution wieder an die neuartigen Pflanzen anpassen könnten. Kritiker argumentieren weiter, dass die Entwicklung genmanipulierter Nutzpflanzen nur dem Profitinteresse

der Unternehmen diene. Den Bauern, vor allem den vielen Kleinbauern in ärmeren Ländern, bringe sie jedoch keinen Nutzen.

Ein anderer Bereich der Gentechnik betrifft die Medizin, vor allem das therapeutische Klonen von Organismen. Beim therapeutischen Klonen nutzt man einen Embryo, der sich nicht zum vollen Organismus entwickeln soll, sondern nur der Stammzellengewinnung dient. Aus diesen Stammzellen werden dann unterschiedliche Gewebe gezüchtet,

die später zur Therapie von Krankheiten eingesetzt werden. Dieses Verfahren bringt allerdings ethische Probleme mit sich und wird von vielen Menschen stark kritisiert. Der Embryo wird einzig aus dem Grund der Stammzellengewinnung gezüchtet und danach getötet. Damit wird der Mensch zum Versuchsobjekt. Diese gezielte Tötung widerspricht jedoch dem Grundrecht eines jeden Menschen: „Jeder Mensch hat das Recht zu leben!“ und verstößt damit klar gegen die Menschenwürde. (jab)

Polen – weißer Fleck auf der Landkarte

Kaum ein anderer Staat Europas hat eine so wechselvolle Geschichte erlebt wie Polen. Im Jahre 960 taucht das Land Polen erstmals in der europäischen Geschichte auf und zwar als Herzogtum, welches von Mieszko I. regiert wurde. Zur selben Zeit fand auch die Christianisierung statt, die in der weiteren Geschichte eine große Rolle für die Identität der Polen und des Staates spielen sollte.

Im 13. Jahrhundert wurde das Land vor allem durch den Deutschen Orden geschwächt, einen geistlichen Ritterorden, der 1226 zur Unterstützung des polnischen Herzogs Konrad I in das Land kam. Die

Aufgabe des Deutschen Ordens sollte es unter anderem sein, das Land zu missionieren, doch der Orden ließ sich in den eroberten Gebieten, welche später als Preußen bekannt wurden, nieder.

Vom 14. bis zum 16. Jahrhundert erlebte Polen eine kulturelle und politische Blütezeit, in der zum Beispiel in Kraków mit der Jagiellonuniversität eine der ersten Universitäten Europas gegründet wurde und Kopernikus lebte. Jedoch war der Staat wieder durch kriegerische Konflikte geschwächt und wurde Ende des 18. Jahrhunderts erstmals von Preußen, Österreich und Russland überfallen und auf-

geteilt. Erst nach dem I. Weltkrieg, also mehr als hundert Jahre später, gewann Polen seine Souveränität zurück. Doch dieser Zustand sollte nicht lange währen.

1939 wurde Polen vom Deutschen Reich, der Sowjetunion und der Slowakei überfallen und aufgeteilt.

Das Ende des II. Weltkrieges bedeutete für das Land keineswegs die Freiheit. Die neue Rolle Polens war nun die eines Satellitenstaates Russlands. Mit mehreren Aufständen wie z.B. dem Posener Aufstand äußerte die Bevölkerung allerdings ihre Ablehnung gegenüber der Diktatur. Vor allem die katholische Kirche

spielte eine Rolle als Gegenpol zu den Machthabern. Die Gründung der Gewerkschaft Solidarność führte schließlich zu einem gesellschaftlich-politischen Umschwung im Land und zu den revolutionären Ereignissen von 1980 bis 1989, an deren Ende mit der Auflösung des sogenannten Ostblocks und der Sowjetunion das kommunistische Regime durch eine demokratische Regierungsform ersetzt wurde.

In der neuesten Geschichte spielt Polen eine Rolle als wichtigster Verbündeter der USA in Europa und der Europäischen Union. (vl)

Kommentar: Der Nächste auf der Liste – Auswirkungen amerikanischer Außenpolitik auf die Zukunft des Nichtverbreitungsvertrags von Massenvernichtungswaffen

Nachdem die Kampfhandlungen im Irak beendet sind, welche im Kontext einer breit angelegten Strategie gegen die Weiterverbreitung und den Einsatz von Massenvernichtungswaffen (MVW) einzuordnen sind, konzentrieren sich die Vereinigten Staaten auf die who's next-Debatte, die Frage, welcher Schurkenstaat als nächster auf der Liste der amerikanischen Regierung steht. Der Iran wird aufgrund seiner offensichtlich erkennbaren Bemühungen nach Entwicklung von Kernwaffen als der Favorit schlechthin gehandelt.

Die Konsequenzen dieser Außenpolitik wären folgende:

Eine selektive gezielte Zerstörung der iranischen Einrichtungen zur Anreicherung

von Uran in Natanz und des Schwerwasserreaktors in Arak liegt militärisch durchaus im Rahmen des Möglichen. Doch würde damit das iranische Kernwaffenprogramm nur verzögert, nicht verhindert. Viel mehr noch, es würde mit großer Wahrscheinlichkeit dazu führen, dass sich der Iran aus dem Nichtverbreitungsvertrag zurückzieht, die Kontrollmöglichkeiten durch die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO) verloren gingen und Teheran sein atomares Programm – wie ohnehin schon vermutet – im Geheimen weiterführen würde, etwa in unterirdischen Tunnelsystemen.

Damit würden sich die noch vorhandenen Möglichkeiten für den Aufbau

diplomatischen Drucks auf den Iran, sein atomares Programm aufzugeben oder internationaler Kontrolle zu unterstellen, weiter reduzieren. Auch eine zweite Option für Präemption, eine militärische Invasion des Irans, wäre zwar durchführbar. Dies sei jedoch mit enormen zusätzlichen Belastungen für die langfristige Einsatzbereitschaft und Durchhaltefähigkeit der amerikanischen Streitkräfte verbunden sowie mit einem erhöhten Opferrisiko für die amerikanischen Truppen aufgrund der militärischen Stärke Irans. Die Stationierung internationaler Truppen im Nachkriegs-Irak setzt auch diese im Kriegsfall einem erhöhten Risiko iranischer Angriffe aus. Dies sind Aus-

sichten, die bei der zivilen und militärischen Führung in Washington die Bereitschaft zur Präemption nicht fördern werden.

Die Schlussfolgerung kann deshalb nur lauten: Iran wird nicht das nächste Opfer einer amerikanischen „Präemptionsdoktrin“. Es ist Zeit, dass die internationale Staatengemeinschaft die Herausforderung annimmt und neue fortschrittliche Wege, vor allem diplomatischer Natur, im Umgang mit Problemstaaten sucht - und zwar in absehbarer Zeit. Denn die Zukunft des Nichtverbreitungsvertrags von Massenvernichtungswaffen ist abhängig von der Frage eines nuklear gerüsteten Iran.

(sw)

Amerikaner über Aufstieg des „roten Drachen“ beunruhigt

Entwickelt sich das wirtschaftliche Duell der beiden Supermächte zum Wettrüsten?

Mit dem Zerfall der Sowjetunion galt der Vorherrschaftsanspruch der USA eigentlich auf lange Zeit gesichert. Doch schon 15 Jahre später sieht die Lage anders aus: Die Vereinigten Staaten müssen die bittere Erfahrung machen, zum ersten Mal in ihrer zweihundertfünfzigjährigen Geschichte übertrumpft zu werden. Geschlagen werden sie dabei durch ein Land, das seit den wirtschaftlichen Reformen 1978 vom Nobody zum Wirtschafts-Motor der Welt aufgestiegen ist.

Kein Land auf der Erde boomt seit Jahren so stark wie China. Bei Anhalten des rekordverdächtigen jährlichen Wirtschaftswachstums von rund 9 Prozent könnte es, so wird in Fachkreisen gemunkelt, nur noch 20 bis 40 Jahren dauern, bis China an den USA vorbeizieht. Es sind nicht mehr nur die Amerikaner und Europäer, die in China günstig investieren – mittlerweile investieren die wirtschaftsstarken Chinesen auch im Westen.

Das weckt Ängste in Amerika. Denn je erfolgreicher die Chinesen sind, desto stärker ist auch ihr Einfluss auf die Wirtschaft der westlichen Weltmacht. Noch hält eine Nutzhilfe die Giganten zusammen: China profitiert vom Absatzmarkt in den USA und stabilisiert dafür durch Anleihen und Investitionen den Dollar. Ohne die emsigen Chinesen wäre der Lebensstandard der Amerikaner wohl bei weitem nicht mehr haltbar.

Doch dieses Prinzip lässt die amerikanische Wirtschaft langsam ausbluten: Immer mehr Jobs wandern in den Osten ab, weil es sich dort

nicht nur günstiger, sondern auch besser produzieren lässt – in vielen Fachbereichen hat China bereits jetzt die qualifizierteren Arbeitskräfte. Schließlich machen an den chinesischen Universitäten jährlich rund doppelt so viele Studenten ihren Abschluss wie in den USA.

Angesichts des China-Booms fürchten auch immer mehr

Pentagon für 2005 sogar mit chinesischen Militärausgaben von 90 Milliarden Dollar, Tendenz steigend. Weiterhin gibt es an, China würde zahlreiche hoch-technologische Waffen produzieren. Die Befürchtung, dass der Welt ein neues Wettrüsten bevor steht, ist nicht von der Hand zu weisen.

Dringend zu lösende Kon-



Fliegt der chinesische Drache Amerika davon?

Menschen in Europa um ihren Arbeitsplatz. Und wenn Massenarbeitslosigkeit droht, sind Spannungen bekanntlicherweise nicht mehr fern. Misstrauisch und besorgniserregt betrachten insbesondere die Amerikaner den militärischen Aufschwung des „strategischen Wettbewerbers“, wie Präsident Bush die Volksrepublik nennt. Auch wenn die eigenen Militärausgaben (453,6 Mrd. Dollar 2004) noch weit über den chinesischen (55,9 Mrd. Dollar 2003) liegen, ist die chinesische Armee in der Anzahl ihrer Soldaten weit überlegen. Unter Einberechnung verdeckter Zahlungen mit offiziell anderem Verwendungszweck rechnet das

fliktpunkte zwischen den Mächten existieren schon heute: So wird Taiwan, dessen Unabhängigkeit die Amerikaner verteidigen, in China als abtrünnige Provinz angesehen, die wieder in das Reich der Mitte integriert werden soll – notfalls auch mit Waffen. Sollte dies geschehen, wäre eine Intervention Amerikas wahrscheinlich. Auch Japan wäre betroffen, schließlich erhält es rund 90% seiner Ölvorkommen von der Insel. Ohnehin herrscht zwischen den Diplomaten aus Tokio und Peking eine kühle Stimmung: Japan sah seine Gewässerhoheit vergangenes Jahr mehrfach durch chinesische U-Boote verletzt.

Ökonomen sehen ferner den

steigenden Erdölverbrauch Chinas als Zündpulver an: Die Nachfrage an Autos ist hoch, zahlreiche neue Straßen entstehen gerade und auch die wachsende Industrie braucht den Treibstoff. Das Ringen um die langsam versiegenden Erdölreserven der Erde könnte daher in absehbarer Zukunft ein Problem werden. Aber auch ein anderes Szenario wird für möglich gehalten: So wird bemängelt, dass China nötige Reformen fehlen, um die Dauer des wirtschaftlichen Erfolgs zu sichern – auf den raschen Aufschwung könnte also eine umso rasantere Talfahrt folgen. Die Weltwirtschaft würde solch eine Krise hart treffen, immerhin wird China schon heute als „Motor der Weltwirtschaft“ bezeichnet.

Es gibt aber auch Stimmen, die vor einer allzu großen Hysterie in Bezug auf China warnen: „Es ist dumm, Angst zu haben“, sagte Singapurs ehemaliger Regierungschef Lee Kuan Yew in der Ausgabe 32/2005 des Magazins SPIEGEL. Er schließt sich damit dem Tenor chinafreundlicher Experten, Politiker und Wissenschaftler an: Die westliche Welt sollte damit beginnen, China nicht mehr als Risiko, sondern als Chance zu sehen. Schließlich liege es ja auch in Chinas Interesse, eine gesunde Wirtschaft im Abnehmerland USA zu erhalten und den Weltfrieden nachhaltig zu wahren.

Auf beiden Seiten ist nun jedenfalls eine verantwortungsvolle Weltpolitik gefragt, mit welcher dies garantiert werden kann. (hb)

„Irgendwann hatte ich keine Lust mehr nach Stuttgart zu fahren“

Klaas Ole Kürtz, 23 Jahre, studiert in Kiel im neunten Semester Informatik und ist bei MUN-SH der Projektleiter.

MUN-Zeitungsteam: Erzähl uns doch mal, wie MUN-SH entstanden ist!

Klaas Ole Kürtz: Das erste Mal Kontakt mit MUN hatte ich, als ich bei einem MUN in New York teilgenommen habe. Daraus folgte meine Mitarbeit bei MUN-BW und irgendwann hatte ich keine Lust mehr nach Stuttgart zu fahren. Ich habe dann meine

Freunde zusammen getrommelt und wir haben schließlich im letzten April konkret mit der Planung begonnen.

MUN-Z: Wie stehen die Chancen auf ein weiteres MUN-SH?

KOK: Wenn sich genug Organisatoren unter den jetzigen Teilnehmern finden lassen, stehen die Chancen gut.

MUN-Z: Ist MUN-SH deiner Meinung nach ein Erfolg?

KOK: Ja, die Delegierten haben sich schnell in ihre Rolle eingefunden und das Regelwerk schnell begriffen.

MUN-Z: Aus wem setzt sich das Team zusammen und wie viele Leute umfasst es?

KOK: Das Team umfasst 80 Leute, davon sind ca. 25 Chairs und 20 vom KOMM-Service, darunter auch die Mitarbeiter in der Rezeption.

MUN-Z: Was sind deine Aufgaben?

KOK: Hier auf der Konferenz bin ich aufgrund meines Informatikstudiums für die Technik zuständig und der Ansprechpartner für alles.

MUN-Z: Wie würdest du den Verlauf des Diplomatenabends bewerten?

KOK: Die meisten Vorträge waren sehr interessant und spannend, daher sage ich, dass wir zufrieden sind. Allerdings hätten wir uns mehr Beteiligung der Teilnehmer gewünscht.

MUN-Z: In der zweiten Ausgabe erklärte ein Teilnehmer er sei „wunschlos glücklich“. Wie steht es mit dir?

KOK: Nein, „wunschlos glücklich“ nicht. Nicht ganz. An manchen Stellen könnte es reibungsloser laufen, aber es hapert nur an Kleinigkeiten.

Interview wurde geführt von Marlies Hagge und India Roth

Mr.- und Mrs.-MUN-SH gesucht!

Ihr findet einen Delegierten besonders engagiert und wollt, dass die Person besonders gewürdigt wird? Dann macht mit bei der Mr.- und Mrs.-MUN-SH Wahl! Wählt den Besten Redner, den Besten Nachwuchspolitiker und die Amüsanteste Persönlichkeit. Lasst uns eure Meinungen bis heute 14.30 Uhr zukommen. Die Gewinner werden auf dem Diplomatenball prämiert.

Delegiertenpost

„Wir hatten Kaffeepause und da kamen zwei von der Presse und haben mir Fragen gestellt und dann haben sie- du glaubst das nicht- ein Foto gemacht! Jetzt werde ich bestimmt ganz berühmt! Dann bist du Königin und ich ein berühmter Politiker oder so ähnlich.“
(vv)



„In Deutschland trinkt man Apfelschorle“

„Bei einigen Delegierten war ich sehr überrascht, als ich erfahren habe, dass sie aus dem Ausland kommen.“ Stimmt, so ist es uns auch gegangen. Denn an MUN-SH nehmen tatsächlich auch viele Delegierte, die nicht aus Deutschland kommen teil. Interessant ist natürlich ein Blickpunkt aus dem Ausland auf diese Veranstaltung sowie allgemein auf Deutschland. Neben dem Herkunftsland und wie sie von MUN-SH erfuhren, interessierte das Zeitungsteam vor allem was ihnen an Deutschland aufgefallen sei, wie zum Beispiel Unterschiede in der Lebensweise als auch in der Mentalität. (mh vl)

Frederick Keller und Claeg Christiansen von der Delegation Nicaragua

„Wir kommen beide aus Budapest in Ungarn, sind aber Deutsche. Von MUN-SH haben wir erfahren, weil in unserer Schule Plakate ausgingen.“ Aufgefallen ist den beiden, dass es in Deutschland einen höheren Lebens-

standard und mehr Bürokratie gibt, sowie –ganz wichtig – Döner.

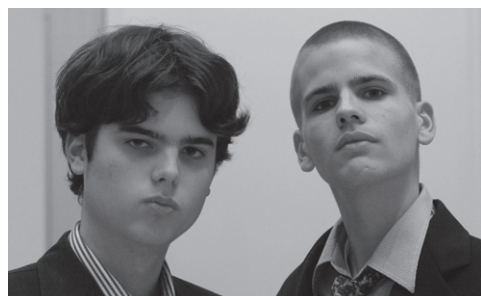
Veronika Procházková von der Delegation Peru

„Ich komme aus Tschechien und gehe dort auf ein deutsches Gymnasium.“ Die Tschechin hat eine lange Zugreise auf sich genommen, um

an MUN-SH teilzunehmen. Hier ist ihr aufgefallen: „In Deutschland trinkt man Apfelschorle“ außerdem benutzen die Deutschen oft das Wort „aha“. AHA!!

Markéta Smídová von der Delegation Peru

Eine weitere Teilnehmerin aus der Deutsch-Tschechischen Schule wurde von uns interviewt. Unterschiede zwischen Deutschland und Tschechien konnte sie zum Beispiel beim Wetter feststellen: „Küstenwetter, hier ist es immer so nass und kalt!“ Aber auch typische Tugenden wie Pünktlichkeit und Ordentlichkeit sind ihr aufgefallen.



Frederick Keller und Claeg Christiansen von der Delegation Nicaragua

Scharfe Reaktionen auf UN-Untersuchungsbericht zum Hariri-Mord

Washington / Damaskus – Der vom Berliner Staatsanwalt Detlev Mehlis verfasste Untersuchungsbericht über die Ermordung des früheren libanesischen Regierungschefs Rafik Hariri hat weitere internationale Reaktionen hervorgerufen.

UN-Generalsekretär Kofi Annan und U.S. Außenministerin Condoleezza Rice hatten bereits am Freitag kritisch Stellung bezogen, aus Syrien gab es dagegen ein klares Dementi. In Damaskus ließ man verlauten, der Untersuchungsbericht sei „zu 100 Prozent politisch beeinflusst“. Gestern äußerte sich auch US-Präsident George W. Bush zu dem Fall und forderte eine rasche Sondersitzung des UN-Sicherheitsrates. Bush mutmaßte, das Attentat hätte

nicht ohne syrische Beteiligung geschehen können. Er machte noch einmal deutlich, dass es keine ausländische Einmischung in die Angelegenheiten Libanons geben dürfe.

Saad Hariri, Sohn des ermordeten Politikers und neuer Regierungschef Libanons, forderte in einer Fernsehansprache, dass gegen die Attentäter ein internationales Gerichtsverfahren eingeleitet werden müsse. Er betonte außerdem, sein Land sei ungeachtet der

jüngsten Erkenntnisse an brüderlichen Beziehungen zu Syrien interessiert.

Derweil beschuldigt der Untersuchungsbericht der Vereinten Nationen ranghohe Offiziere des syrischen und libanesischen Geheimdienstes, in die Angelegenheit verwickelt zu sein. Der Anschlag vom 14. Februar sei so komplex, dass es schwer falle zu glauben, dass die Verantwortlichen der Geheimdienste nicht informiert gewesen seien. (hb, jab)

Vogelgrippe jetzt auch in Russland bestätigt – Einfuhrverbot für Kroatien wird vorbereitet

Brüssel/Moskau – Die EU-Kommission möchte angesichts der in Kroatien ausgebrochenen Vogelgrippe ein Importverbot für Geflügelfleisch aus dem Land einrichten. Am Donnerstag war bei zwölf verendeten Schwänen der Verdacht auf den gefährlichen Erreger H₅N₁ geschöpft worden, inzwischen gilt diese Vermutung bei sechs der Tiere als bestätigt. Wie der Staat Kroatien mitteilte, wurde der Export von lebendem Geflügel und Geflügelprodukten in die EU

bereits gestoppt.

Auch in Russland hat sich jetzt der Verdacht auf Vogelgrippe bestätigt: In einem Dorf östlich des Urals konnte der gefährliche Erreger eindeutig nachgewiesen werden. Bei zwei weiteren Verdachtsfällen steht eine Bestätigung noch aus. Bewohner der Region um die Stadt Rostow hatten besorgt über ein verdächtiges Massensterben von Enten berichtet.

Inzwischen konnte in Großbritannien Entwarnung gegeben werden. Nachdem

man hier bei einem aus Südamerika importierten Papei die Vogelgrippe festgestellt hatte, verkündete das britische Agrarministerium gestern, der Vogel sei noch während der Quarantäne gestorben, ohne vorher in Kontakt mit anderem Federvieh geraten zu sein. Damit ist die EU offiziell weiterhin frei von dem gefährlichen Erreger. Innerhalb Deutschlands gelten ab heute verschärfte Sicherheitsvorschriften, so ist der Freilauf von Hühnern bis auf weiteres untersagt. (hb, jab)

Wilma hält Mexikaner in Atem

Yucatán - Wie vorausgesagt hat der als besonders gefährlich eingestufte Hurrikan „Wilma“ am Freitag Abend die Halbinsel Yucatán erreicht und für schwere Zerstörungen

gesorgt. Dachziegel flogen von den Dächern, Bäume wurden entwurzelt, Strom- und Telefonmasten knickten um und örtlich kam es zu Überschwemmungen. Im Laufe

des Samstags schwächte sich der bis zu 220 Km/h schnelle Hurrikan jedoch etwas ab. Die mexikanischen Behörden gaben an, niemand sei verletzt worden. (hb)

Abzug deutscher Soldaten aus Bosnien

Berlin – Der in Kürze scheidende Bundesverteidigungsminister Peter Struck (SPD) möchte 200-300 Bundeswehrsoldaten aus Bosnien abziehen.

Struck äußerte seine Entscheidung gegenüber der „Welt am Sonntag“ und begründete sie mit den Worten: „Mein Eindruck ist, dass es dort eine Neigung gibt, sich zurückzulehnen und uns die Arbeit zu überlassen.“ Auch der Abzug von Soldaten aus dem Kosovo könnte nach Ansicht des Ministers „im Laufe des nächsten halben Jahres“ möglich werden. Ein Angabe dazu, wann alle deutschen Soldaten vom Balkan abgezogen werden können, wollte er jedoch noch nicht geben. (hb)

IMPRESSUM

V. i. s. d. P.:

Isabella Augart (ia)

Redaktion:

Jana Brestel (jab)

Hans von der Burchard (hb)

Marlies Hagge (mh)

Veit Lehmann (vl)

India Roth (ir)

Vanessa-Zoe Vitsilakis (vv)

Samantha Weidemann (sw)

Layout, Fotos:

Hendrik Wohlfahrt (hw)

heutige Druckauflage:

400 Exemplare

heute mit Extrablatt